

Sachlich wurde beschlossen, die Angelegenheit der Vertrauensmännerversammlung zu überweisen.

Nun ergriff Landtagsabgeordneter Wagner das Wort, um über die Ereignisse in Ungarn und ihre Rückstrahlung auf Deutschösterreich zu referieren. Er führte folgendes aus:

Wir müssen in erster Linie aus den Ereignissen in Ungarn lernen und uns eine klare Meinung darüber bilden. So viele Opfer das kommunistische Experiment erfordert hat, so viele erfordert nun die weiße Reaktion. Die bolschewistische Taktik bezweckt, den Kapitalismus sofort mit der Wurzel auszurotten und zu beseitigen. Das ist leichter gesagt als getan. Es war leichter, Kaiser und Militarismus zu stürzen als den Kapitalismus. Die Bolschewiki glauben, mit dem Sturz des Parlamentarismus und der Einführung des Räteystems sei auch der Kapitalismus schon gestürzt. Der Referent schildert nun den engeren Zusammenhang, in dem die Industrie mit der Landwirtschaft steht, und wie wenig es angehe, eine Politik ohne die Landwirte zu betreiben. So lange die sozialdemokratische Idee nicht auf dem Lande durchgedrungen sei, sei die bolschewistische Idee heller Wahnsinn. Wir dürften uns nicht mit der Landbevölkerung überwerfen, weil sonst nur die Reaktion hervorgerufen werden würde. Wir könnten den Kapitalismus nur im Verein mit der Gesamtheit des werktätigen Volkes überwinden. Wir müßten uns eins fühlen mit allen arbeitenden Menschen. Nur so gehe es, wie es die deutschösterreichische Sozialdemokratie, die Volkswehr und die Stadtschutzwache bisher getan habe. (Lebhafter Beifall.)

Inzwischen war Staatssekretär Eder erschienen und wurde nun unter dem lebhaften Beifall der Versammelten vom Vorsitzenden begrüßt. Staatssekretär Eder ergriff das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich grüße Sie als verlässliche Schutzwehr unserer jungen deutschösterreichischen Republik und danke Ihnen für die vorzüglichen Dienste, die Sie ihr in schwerer Zeit und in einer Zeit der schwersten Krisen erwiesen haben. Wir haben uns nicht für eine Diktatur weder von rechts noch von links entschieden. Am allerwenigsten läßt sich eine Entwicklung fördern mit Gewalt. Die Hirne und die Herzen zu erobern dafür, daß allen arbeitenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein zuteil wird. Ich kann Ihnen keine politischen Lehren geben. Ursprünglich mögen bei der Gründung der Stadtschutzwache politische Motive mitgespielt haben. Ich bin zwar nicht böse, wenn Sie Sozialdemokraten sind, ich muß das aber Ihnen allein überlassen. (Weiterkeit.) Wir haben die Beschlüsse der berufenen Volksvertreter auszuführen ohne Rücksicht auf Personen oder Parteien. Die Partei der Arbeiter ist stark genug, ihre Rechte zu wahren. Man kann bei uns ein Anhänger des Kaisers Karl sein oder ein Bolschewik; wir haben durchaus nichts gegen eine etwas lebhaftere Bewegung der Bolschewiki. Aber wenn eine Minderheit einer Mehrheit den Willen aufzwingen will, so wird nur die Reaktion genährt. Das sehen wir und werden wir noch in Ungarn sehen. In wenigen Tagen werden wir vielleicht nicht mehr Deutschöreicher, sondern bloß Oesterreicher sein, weil man auch aus unserem Namen alle Beziehungen zum Deutschtum austreiben will. Der Name tut es nicht. Aber wir verwahren uns dagegen, daß man uns Vorwürfe macht, die an eine andere Adresse zu richten sind. Auf uns lastet keine Schuld, sondern nur auf dem Regime des Kaiserreiches. Die sich jetzt für dieses regen, die fürchten wir nicht. Das Habsburger Regime ist so mit Schuld beladen, daß es lächerlich ist, zu glauben, daß es wieder kommen könnte. Aber man wird nicht dulden, daß diese Bewegung über ein gewisses Maß theoretischer Betätigung hinausgeht. Wir üben gegen rechts ebensoviel Toleranz wie gegen links. Aber sollte es zu Angriffen kommen, so werden wir mit derselben Energie gegen rechts vorgehen wie gegen links. (Lebhafter Beifall.) Der Bolschewismus geht nicht über den bevölkerten Steinhäuser Wiens hinaus, denn, käme es zu einer Räte-diktatur, nicht mehr zu helfen wäre. Die Entente muß uns das Leben möglich machen. Ich hoffe, daß vieles durch die Reparationskommission wieder gutgemacht werden wird, was der Friedensvertrag uns an Schaden bringt. Aber unnehmig gehen wir schweren Zeiten entgegen und darum bitten wir Sie, dem Staate ihre Dienste in derselben Weise weiter zu leisten wie bisher. Was Ihre Anstellungsverhältnisse betrifft, so bin ich zwar dritte Instanz und will mich daher nicht einmengen, aber ich glaube doch im Sinne der ersten Instanz zu sprechen, wenn ich Ihnen sage, daß alle Ihre berechtigten Wünsche auf das ernste werden geprüft werden. Aber vergessen Sie nicht, daß wie ein armer Staat sind. Wir haben eine Einnahme von 1 1/2 Milliarden und brauchen 15 Milliarden für öffentliche Angestellte. Wenn nicht alles bewilligt werden kann, was Sie anstreben, so sind daran nicht Ihre Vorgesetzten schuld, sondern unsere Armut. Ihre Forderungen werden aber wohlwollend behandelt werden. Bleiben wir uns gegenseitig treu und nehmen wir alle Kraft zusammen, um unsere Republik nach rechts und nach links zu schützen und gemeinsam die Gesundung unseres Wirtschaftslebens einzuleiten. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf erklärte Reisinger im Namen der Bahngewerkschaft, daß diese voll und ganz auf der Seite der Stadtschutzwache stehe, und betonte die Notwendigkeit, eine Einheitsfront aller Wachorgane, der Sicherheitswache, der Bahngendarmerie und der Stadtschutzwache, herzustellen. Denn nur so könnte alle ihre Forderungen durchsetzen. Allerdings müßte auf die Armut unseres Staates Rücksicht genommen werden. Diese Einheitsfront sei auch mit Rücksicht auf die sich regende Reaktion nötig.

Nun hielt es der kommunistische Redner für notwendig, den Sturm von vorn durch eine Rede über die Notwendigkeit, die Räte-diktatur in Deutschösterreich zu errichten, neuerdings zu entfachen. Er begründete diese Notwendigkeit damit, daß nur der Arbeiter die Befehle schaffen könnte, die derzeit notwendig seien. Die Lebensmittelfrage sei kein Hindernis. Jetzt schicke uns die Entente doch nur Lebensmittel gegen Gold und Waren. Wenn aber in der Entente die Revolution ausbrechen und in dem Kampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat niemand Zeit haben werde, an uns zu denken, dann werden wir doch leben können, denn Hungernde fänden immer einen Weg zur Nahrung. Wir brauchen uns daher durchaus nicht mit der Landbevölkerung auf guten Fuß zu stellen. Was uns reiten könne, sei nur die Arbeit. Nun wolle man uns die nötigen Arbeitskräfte dadurch rauben, daß man sie nach Frankreich abziehe. Der einzige Ausweg sei daher nur die Räterepublik.

Der laute Widerspruch, der sich während der ganzen Rede in der Versammlung erhob, wurde vom Genossen Mübe nicht nur auf die sachliche Meinungsverschiedenheit zurückgeführt, sondern auch auf die heftigen Angriffe, die die Kommunisten gegen die Stadtschutzwache in der „Roten Kammer“

Arbeiter

Eine Vollversammlung der Stadtschutzwache.

Dienstag nachmittag versammelte sich die Stadtschutzwache im Diakinger Arbeiterheim, um unter dem Vorsitz des Obmannes ihres Vollzugsausschusses, des Genossen Wilde, über die Stabilisierung der Stadtschutzwache zu beraten.

Das Referat erstattete Genosse Wilde. Er erinnerte zunächst an die Gründung der Stadtschutzwache. Sie hätte damals das Gegengewicht gegen die Volkswehr bilden sollen. Das sei aber das einzigmal gewesen, wo die Stadtschutzwache versagt habe. Sie hätte christlichsozial sein sollen, aber sie habe sich als sozialdemokratisch entpuppt und allen Lockungen zumider stets zur Partei gehalten. Das hätten der 17. April und der 15. Juni bewiesen. Der Referent kommt hierauf auf das Verhältnis der Stadtschutzwache zur Sicherheitswache zu sprechen und hofft, daß in Zukunft ein besseres Einvernehmen als bisher zu erzielen sein wird. Alle Rivalitäten müßten aufhören. Der Stadtschutzwache tue vor allem eine entsprechende Schulung not. Das hätte sie schon oft gefordert. Er wies auf die zahlreichen Erfolge hin, die die Stadtschutzwache erzielt habe, und brachte hierauf folgende Resolution zur Diskussion:

Die Vollversammlung der Stadtschutzwache verlangt vom Vollzugsausschuss, daß die Stadtschutzwache als selbständige Abteilung der Sicherheitswache angesehen wird. Zur Unterstützung unserer Forderung führen wir folgendes an: Die Stadtschutzwache steht auf dem Standpunkt der Republik und hat auch in gefährlichen Zeiten bewiesen, daß sie treu und fest den republikanischen Gedanken hochhält. Die Arbeiter der Stadtschutzwache in den einzelnen Bezirken werden aufgefordert, diese Resolution im Bezirksarbeitererrat einzubringen und zu begründen. In Erwägung, daß unsere dienstliche Leistung nach Ausdruck unserer höheren Vorgesetzten den der Sicherheitswache vollkommen gleichwertig ist, verlangen wir definitive Uebernahme in den Dienst des deutschösterreichischen Staates und sofortige Sissierung der Reorganisation bei der Sicherheitswache. Der Vollzugsausschuss wird aufgefordert, diese Resolution dem Polizeipräsidenten, dem Staatssekretär Eder und dem Kreisarbeitererrat zu überreichen und zu vertreten sowie binnen vierzehn Tagen darüber Bericht zu erstatten.

Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten und insbesondere betont worden war, daß Punkt 3 der Resolution keine Spitze gegen die Sicherheitswache bilden, sondern verhindern solle, daß die Sicherheitswache von der Landbevölkerung, die nicht sozialdemokratisch sei, ergänzt werde, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Hierauf kam eine Angelegenheit zur Sprache, die zu überaus stürmischen Szenen führte. Es wurde nämlich bekannt, daß dem Zentralinspektorat eine Anzahl von Beitritts-erklärungen zum „Revolutionären Stadtschutzwache“ zugekommen sei. Es wurden der Leiter der Gruppe 16/1 Stadtschutzwachmann Wratzky, ein ehemaliger Oberleutnant, und Stadtschutzwachmann Bräunerfeld beauftragt, hinter diesen Treibern, die eine Spaltung innerhalb der Stadtschutzwache herbeiführen könnten, zu stecken.